

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tageblatt, Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörsdorf, Bretinig, Hauswalde, Hjorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Treibersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 138

Freitag, den 15. Juni 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Amtshauptmann wird der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Ramenz für

Montag, den 25. Juni 1928, vormittags 1/11 Uhr

zu einer öffentlichen Sitzung im Sitzungssaale des Rathhauses zu Ramenz einberufen.

Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft aus.

Ramenz, am 14. Juni 1928.

Der Vorsitzende des Bezirkstages.

Justizrat Vogt.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Wie die „Liberte“ mitteilt, wird der französische Franken am 23. Juni stabilisiert werden.

In London starb die bekannte Suffragette Emmeline Pankhurst.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Jugendtreffen) Auch an dieser Stelle möchte hingewiesen werden, auf das vom Jugendbund für entschiedenes Christentum veranstaltete Jugendtreffen. Wie schon im Anzeigenteil ersichtlich, wird über sehr wichtige Themen gesprochen werden, und es wird sich lohnen, die Versammlungen am Sonnabend im Ratskeller sowie am Sonntag im Schloßpark zu besuchen.

Pulsnitz. (Die Gewinnlisten) der Geldlotterie für Sächsische Krankenhilfe sind eingetroffen und liegen in der Lotterie-Geschäftsstelle des Herrn Max Greubig zur Einsichtnahme aus. Dieselben sind daselbst auch käuflich zu erwerben.

Pulsnitz. (Volkshilfsverein) Montag, den 18. Juni, 20 Uhr: Der Akkumulator und seine Behandlung — Das Ohm'sche Gesetz. Dieses Gebiet dürfte vor allem auch Junfreunde interessieren.

(Die Mütterberatung in Lichtenberg) findet am Dienstag, den 19. Juni, nachmittags 1/3 Uhr in der Schule statt. Arzte wird anwesend sein.

Ramenz. (Wochenmarkt) Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten u. a. Meerrettich 120, Blumenkohl 30 bis 60, Spinat 12—18, Möhren 30 (neue Bäckchen 20), Zwiebeln 20, Steckzwiebeln 50, Treibhausgurken 30—50, Kohlrabarber 10 (2 Pfd. 15), Spargel 110, 100 und 70, Kartoffeln neue 15 und 20, alte 6 und 7, Rischen italienische 70, Tomaten 100, Erdbeeren 120 Pfg. das Pfund, Radieschen 8, weiße Rettiche 12 Pfg. das Bündel, schwarze Rettiche 10, Staudensalat 6—10, frische Kohlrabi 10—20 Pfg. das Stück.

Bauhen. (Der Sächsische Bürgermeistertag), die Vertretung der sächsischen Mittelstädte, wird nach seiner Neuorganisation zum ersten Male vom 21. bis 23. Juni in Bauhen zu einer Tagung zusammentreten. — (Protest der Bauhner Gastwirte.) Die Interessengemeinschaft der Saal- und Gastwirte der Amtshauptmannschaft Bauhen veranstaltete vorgestern abend im hiesigen Ratskeller eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung gegen steuerliche Ueberlastung. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschliebung, die den beteiligten Behörden überreicht werden soll, gelangte einstimmig zur Annahme.

Großpostwitz. (Wom Blitz getroffen.) Die beim Sportverein Großpostwitz und Umgegend als Gäste weilenden Ramenzer Fußballspieler verließen nach dem Spiel mitten im Gewitter den Sportplatz und suchten unter den Bäumen der Bahnhofstraße Schutz. Da fuhr ein greller Blitz krachend in eine dieser Kastanien und hieb den darunter gestandenen Spieler den hohen Damm hinunter auf die Wiese. Zum Glück ist der Verunglückte mit leichten Verletzungen und dem Schrecken davongekommen, so daß er gegen Abend noch die Heimreise antreten konnte.

Dresden. (Der zweite diesjährige Jahrmarsch), der sogenannte Johannismarsch, wird vom 24. bis mit 26. Juni abgehalten.

Dresden. (Der Völkerbund auf der Jahresreise) Unter den zahlreichen Besuchern, die die diesjährige Jahresreise „Die technische Stadt“ in dieser Woche zu erwarten hat, ist der bedeutendste der der Völkerbund-Studienkommission der Hygiene-Sektion des Völkerbundes, die für den kommenden Sonntag erwartet wird. An diesem Besuche werden als Mitglieder der genannten Kommission Vertreter von 15 verschiedenen Staaten teilnehmen. Aus

Um die große Koalition im Reich und in Preußen

Deutsche Volkspartei gegen den preußischen Minister-Präsidenten — Müller-Franken vermittelt

Löbe wieder Reichstags-Präsident (siehe Reichstag) — Der Eisbrecher „Malygin“ in Muransk eingetroffen

Schwere Ausschreitungen in Tientsin — Französische Pressestimmen zur Regierungsbildung in Deutschland

Berlin. Der Abgeordnete Müller-Franken hatte am Donnerstag eine Besprechung mit den Führern aller Fraktionen, die für die Bildung der Großen Koalition in Betracht kommen würden, mit Ausnahme der Wirtschaftspartei. Zu dieser Besprechung erschienen von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Wels und Dr. Breitscheid, vom Zentrum die Abgeordneten Esser, von Guérard und Stegwald, von der Deutschen Volkspartei der Abgeordnete Scholz, von den Demokraten der Abgeordnete Koch-Besler, und von der Bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Reich.

Müller-Franken machte Mitteilung davon, daß die Deutsche Volkspartei in einer gemeinsamen Beratung der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion den Beschluß gefaßt haben, daß die Umbildung der Regierung in Preußen zur Großen Koalition gleichzeitig mit der Bildung der Großen Koalition im Reich erfolgen müsse, und daß das eine Bedingung sei, über die die Deutsche Volkspartei zunächst vollständig Klarheit haben wolle. Müller-Franken teilte weiter mit, daß er in einer neuen Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun festgestellt habe, daß dieser zu weiteren Erklärungen nicht bereit sei. Er habe sich außerdem auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht eines Landes würdig sei, eine Regierungsumbildung unter dem Druck von Reichstagsparteien vorzunehmen.

Diese Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen. Es wurden dann aber von Müller-Franken Kompromißverhandlungen eingeleitet, und zwar mit dem Ergebnis, daß nunmehr eine

Entscheidung der Vorstände der preußischen Regierungsfaktionen

herbeigeführt werden soll. Man hofft, daß die Deutsche Volkspartei sich mit weiteren Verhandlungen über die Große Koalition im Reich einverstanden erklärt, wenn von den Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten in Preußen die Erklärung abgegeben wird, daß man im Juli zu Verhandlungen über die Große Koalition bereit sei.

Zu den Verhandlungen über die Regierungsbildung

Zu den Donnerstagverhandlungen über die Regierungsbildung schreibt die „Tägliche Rundschau“: Es sei noch nicht klar zu übersehen, welchen Verlauf die Dinge nun nehmen würden. Die Regierungsverhandlungen können im Reich erst mit Erfolg weiter geführt werden, wenn die Differenzen über die preußische Frage ausgeglichen seien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe zwar eine Entschliebung gefaßt, in der es abgelehnt werde, auf die preußische Regierung und die preußischen Regierungsparteien einen Druck zur Umbildung der preußischen Regierung auszuüben, es wäre aber denkbar, daß man sich in Preußen von selbst die Frage vorlegt, ob die Regierungsbildung im Reich an dem starren Festhalten an der bisherigen Auffassung scheitern solle. Nach Lage der Dinge ist es aussichtslos, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn nicht in diesem Sinne von preußischer Seite etwas geschieht. Bei dem Besuch bei Dr. Stresemann habe Herrmann Müller an den Gedanken der großen Koalition festgehalten und die Möglichkeiten erörtert, die zur Erreichung dieses Zieles noch gegeben seien. Er habe also weiter die Absicht, auf die Bildung der großen Koalition hinzuwirken, und man werde annehmen können, daß er den Versuch machen werde, in dieser Richtung die Dinge wieder in Fluß zu bringen. — Der „Vorwärts“ schreibt: Es vermehren sich die Anzeichen, die dafür sprächen, daß die Deutsche

Volkspartei der Bildung einer Regierung im Reich große Schwierigkeiten zu machen versuche. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die bisher die größte Mäßigung und Geduld an den Tag gelegt habe, nehme mit wachsenden Befremden von diesen Versuchen Kenntnis. Schon neulich sei darauf hingewiesen worden, die Sozialdemokratie denke an keine Diktatur der Sieger des Wahlkampfes, sie könne aber auch keine der Nichtsieger ertragen. Angesichts der offenkundigen Versuche eine Diktatur auszurichten, müsse das wiederholt und unterstrichen werden.

Französische Pressestimmen

zur Regierungsbildung in Deutschland

Paris, 14. Juni. In einer Besprechung der Regierungsbildung in Deutschland stellt das „Journal de Debats“ fest, daß die neue Reichsregierung geeignet sei, gewisse Befürchtungen in Frankreich laut werden zu lassen. Wenn man sich auch freuen könne, daß ein Innenminister wie von Kumbell das Kabinett verlasse, so könne man sich zu der Rückkehr Hilferdings in das Finanzministerium nicht beglückwünschen. Hilferding, ein Theoretiker ohne Erfahrung, ein Mediziner von Beruf, der dem russischen Maximalismus zuneige, habe im Jahre 1923 das Finanzministerium geleitet, als die Mark den Nullpunkt erreichte. Zu seiner Entschuldigung habe er die Ruhrbesetzung angeführt, trotzdem habe er einen Mangel an Voraussicht und eine Schwäche bewiesen, die nicht gerade vorteilhaft für die Schuldner Deutschlands sei, denn die diplomatischen Verhandlungen würden sich in Zukunft um die Durchführung des Dawesplanes und um die endgültige Festsetzung der deutschen Schulden drehen. Der neue deutsche Finanzminister würde ebenso delikate wie wichtige Verhandlungen mit den Gläubigern des Reiches und mit den Vereinigten Staaten zu führen haben. Herr Reinhold würde für dieses Amt sicherlich besser geeignet sein. Er besitze mehr Erfahrung, eine natürliche Anpassungsfähigkeit und Autorität. Frankreich habe nicht die Aufgabe sich in die innerpolitischen Angelegenheiten einzumischen, doch könne es seine östlichen Nachbarn nicht im dunklen darüber lassen, daß das französische Zutrauen zum neuen Ministerium weniger von seiner Linkorientierung als von seiner republikanischen Beständigkeit und von seinem ernstem Willen zur Erfüllungspolitik abhängt. Auch die „Liberte“ begrüßt Herrmann Müller nicht allzufreudlich und erinnert erneut daran, daß er nicht gerade unter günstigen Umständen auf der politischen Bildfläche erschienen sei. In Deutschland, wie auch in den anderen Staaten, sei Sozialismus gleichbedeutend mit Demagogie. Eine deutsche Regierung, die unter ihren Mitgliedern den Schöpfer des Locarnovertrages nicht zählen würde, würde keinerlei Vertrauen einflößen können. Wo könne denn Locarno dazu dienen den deutschen Sozialismus zu mildern. Die große Koalition sei die Bremse auf dem Abhang der finanziellen Demagogie, die nur zur Inflation führe.

Schwere Ausschreitungen in Tientsin

Nach Meldungen aus Tientsin ist die dortige Bevölkerung durch schwere Ausschreitungen in Unruhe versetzt worden. In allen Stadtteilen waren Schießereien zu verzeichnen. Die Verteidigungsmaßnahmen um die ausländischen Niederlassungen erwiesen sich jedoch als vollkommen ausreichend und innerhalb der Niederlassungen ist es nirgends zu Ausschreitungen gekommen. Dagegen wurden in der Chinesenstadt Männer